



Jean-Marie Pernot:
Gewerkschaften in Frankreich

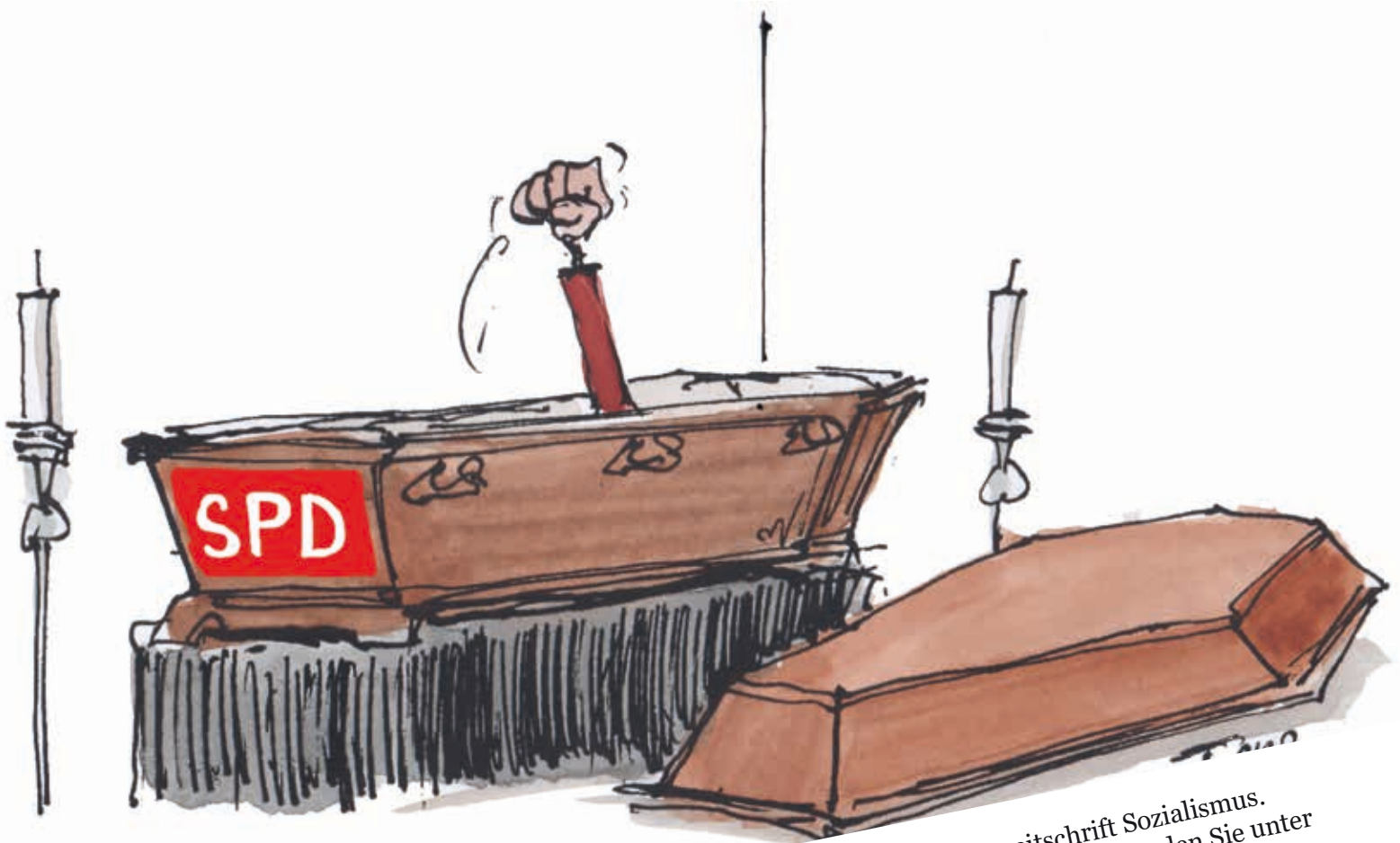
Richard Detje: Ausblicke auf
das Tarifjahr 2019

Beiträge u.a. von

Ruth Ellerbrock, Jean-Paul
Barbe, Joachim Rock, Hartmut
Reiners, Detlef Hensche, Wolf-
gang Müller, Karl Georg Zinn,
Michael Wendl, Udo Achten



**Forum
Gewerkschaften**



Dies ist ein Artikel aus der Monatszeitschrift Sozialismus.
Informationen über den weiteren Inhalt finden Sie unter
www.sozialismus.de.
Dort können Sie ebenfalls ein Probeheft
bzw. ein Abonnement bestellen.

Nur im Netz:

Die Redaktion veröffentlicht regelmäßige Beiträge zwischen den monatlichen Printausgaben auf www.sozialismus.de

Neustart oder Rolle zurück?



Der spanische Ministerpräsident Pedro Sánchez hat von seinen verfassungsmäßigen Möglichkeiten Gebrauch gemacht und für den 28. April Neuwahlen angesetzt. Die im Juni 2016 begonnene Legislaturperiode wird damit nur knapp drei Jahre dauern. ...

Weltunordnung und die Rolle Deutschlands



Die diesjährige Münchner Sicherheitskonferenz (früher: Wehrkundentagung) rückte die Weltunordnung oder das Ende der liberalen Weltordnung des US-amerikanischen Zeitalters in den Mittelpunkt. ...

Neue Runde des atomaren Wettrüstens?



Der US-Präsident legt eine ungebrochene »Verachtung für internationale Vereinbarungen« an den Tag. Er hat Anfang Februar den Austritt aus dem Vertrag über »Atomwaffen mittlerer Reichweite« (INF) erklärt, der für die europäischen Länder seit 30 Jahren als eine wichtige Sicherheitsgarantie gilt. ...

Wiederbelebung der sozialen Demokratie?

Redaktion Sozialismus: Vor einer Linkswende der SPD?	2
Joachim Rock: Klassenunterschiede – was will die SPD?	5
Michael Wendt: Der neue SPD-Sozialstaat – Hartz IV light oder ein Weg zur Prosperität?	10
Wolf v. Matzenau: Machtperspektive für ein linkes Reformbündnis	14
Hartmut Reiners: Das große Fremdeln	
Anmerkungen zur Ökonomisierung des Gesundheitswesens	16

Erosion des europäischen Parteiensystems

Bernhard Sander: Die Krise Macrons und der Gelbwesten	21
Hinrich Kuhls: Sturmtief inmitten globaler Flaute	
Zu einigen Aspekten der politischen Ökonomie des Brexits	27
Jean-Paul Barbe/Ruth Ellerbrock: (Selbst-)Kritische Blicke auf Europa	33

Rivalitätskämpfe auf der globalen Bühne

Wolfgang Müller: US-Wirtschaftskrieg, deutsche Ambivalenzen und der Fall Huawei. Wie der Westen Chinas Aufstieg stoppen will	36
Redaktion Sozialismus: Venezuela – ein »failed state«	41

Forum Gewerkschaften

Detlef Hensche: Die Arbeitgeber müssen's dulden	
Frauenstreik – eine juristische Handreichung für Aktivist*innen	43
Jean-Marie Pernot: Gewerkschaften in Frankreich – eine schwächer werdende Kraft	45
Richard Detje: Im Kampf zum Erfolg. Zur Tarifpolitik 2019	51
Otto König: Ein schmutziger Waffendeal. Prozess gegen Heckler & Koch – Waffenexporte und Beteiligung der Gehilfen aus den Ministerien	54

Debatte & Besprechungen

Karl Georg Zinn: Entstehung und Verteilung des (globalen) Mehrwerts	
Eine arbeitswerttheoretische Präzisierung zur »imperialen Lebensweise«	57
Peter Kern: Deutscher Eintopf – Leipziger Allerlei (zu Brähler/Decker, Flucht ins Autoritäre. Rechtsextreme Dynamiken in der Mitte der Gesellschaft)	59
Udo Achten: Ein Tagebuch in Briefen (zu Käte und Hermann Duncker)	62

Impressum | Veranstaltungen | Film

Impressum	63
Veranstaltungen & Tipps	64
Klaus Schneider: Die Blüte des Einklangs (Filmkritik)	65

Supplement

EuroMemo Gruppe
EuroMemo 2019
Aussichten für eine politische Ökonomie für alle in Europa

Sturmtief inmitten globaler Flaute

Zu einigen Aspekten der politischen Ökonomie des Brexits

von ■ Hinrich Kuhls



Oppositionsführer und Regierungsbank im House of Commons, 9.1.2019 (Foto: dpa)

Kurz vor dem EU-Austrittsdatum 29. März 2019 befindet sich das politische System in Britannien in höchster Anspannung. In surrealem Kontrast dazu geben sich die politischen Akteure in den EU-Institutionen und in den Hauptstädten der EU27 gelassen. Die Unsicherheit über den künftigen Status des Vereinigten Königreichs (UK) in Europa und in der Globalökonomie prägt seit Monaten die Entscheidungsfindung in der britischen Wirtschaft und bei den ins UK exportierenden Unternehmen. Fremdenfeindliche Aktionen gegen EU-Migrant*innen im UK nehmen erneut zu. Sowohl für die EU-Bürger*innen im UK als auch für die in der EU lebenden und arbeitenden britischen Bürger*innen bleiben etliche zivil- und sozialrechtliche Fragen ungeklärt.


Premierministerin May ist mit ihrer nationalistischen Brexit-Politik auf ganzer Linie gescheitert. Sie war der rechtspopulistischen Auffassung gefolgt, dass das Ergebnis des Referendums von Juni 2016 exklusiv für die Exekutive der Auftrag gewesen sei, die supranationalen Bindungen zur Europäischen Union komplett zu kappen. Die britische Regierung hatte in der Folge beharrlich jeglichen gesellschaftlichen Diskurs über den künftigen Status des Landes abgelehnt und alles unternommen, da-

mit das britische Parlament möglichst keinen Einfluss auf die Austrittsverhandlungen nehmen konnte.

Der Grund für das Scheitern: Beide Verhandlungsseiten haben die Bindungswirkung des Irisch-Britischen Vertrags von 1998 zur Beilegung des Nordirlandkonflikts (Belfaster Karfreitagsabkommen) nicht ausreichend berücksichtigt. Die vertragliche Absicherung des Friedensprozesses zur langfristigen Wiedervereinigung Irlands war nur möglich, weil das UK und die Republik Irland als Mitgliedstaaten eines supranationalen Staatenverbunds den Rahmen vereinbaren konnten, innerhalb dessen der politische, ökonomische und soziale Ausgleich stattfindet, für den seither die EU faktisch als Garantmacht agiert.

Gegenüber der nicht zielführenden, aber intransigent verfochtenen Verhandlungsdirektive des Europäischen Rats, erst den Austrittsvertrag, dann den zukünftigen EU-UK-Kooperationsvertrag zu verhandeln, hatte May als letzten Kompromiss vorgeschlagen: Temporär bleibt das gesamte Staatsgebiet des UK auch nach der im Vertrag vorgesehenen Übergangsperiode

Hinrich Kuhls lebt in Düsseldorf und arbeitet in der Sozialistischen Studiengruppe (SOST) mit. In *Sozialismus.de* 2/2019 schrieb er über »Ein Königreich am Abgrund. Verworrene Fronten im Kampf gegen den Chaos-Brexit«.



Informativ, knapp und klar:
Ossietsyky
 Die Schaubühne seit 1905
 Die Weltbühne seit 1918
 Ossietsyky seit 1998

»Der Krieg ist ein besseres Geschäft als der Friede. Ich habe noch niemanden gekannt, der sich zur Stillung seiner Geldgier auf Erhaltung und Förderung des Friedens geworfen hätte. Die beutegierige Canaille hat von eh und je auf Krieg spekuliert.«
Carl von Ossietzky in der Weltbühne vom 8. Dezember 1931

Ossietsyky erscheint alle zwei Wochen – jedes Heft voller Widerspruch gegen angstmachende Propaganda, gegen Sprachregelung, gegen das Plattmachen der öffentlichen Meinung durch die Medienkonzerne, gegen feigen Selbstbetrug.

Ossietsyky herausgegeben von Matthias Biskupek, Rainer Butenschön, Daniela Dahn, Rolf Gössner, Ulla Jelpke und Otto Köhler, begründet 1997 von Eckart Spoo.

Ossietsyky – die Zeitschrift, die mit Ernst und Witz das Konsensgeschwafel der Berliner Republik stört.

Ossietsyky Verlag GmbH • ossietsyky@interdruck.net
 Siedendolsleben 3 • 29413 Dähre • www.ossietsyky.net

Mitglied der EU-Zollunion und Nordirland zudem Mitglied des Binnenmarkts, und zwar solange, bis im Kooperationsvertrag eine Lösung für einen nordirisch-irischen Handel ohne »harte Grenze« gefunden worden ist. Dieser Kompromiss wird vom rechtspopulistisch-nationalistischen Flügel der Tories und den nordirischen Unionisten der DUP als Mehrheitsbeschaffer der konservativen Minderheitsregierung abgelehnt, weil er zeitlich nicht befristet ist, nicht einseitig gekündigt werden kann und somit die nationale Integrität des UK gefährde. Sie sehen im Karfreitagsabkommen nur die gegenwärtige Absicherung des Staatsgebiets des UK geregelt und lehnen die darin vereinbarte langfristige Perspektive des Friedensprozesses strikt ab.

Die Ratifizierung des Austrittsvertrags ist blockiert. Wird die Blockade nicht gelöst, verlässt das UK am 29. März die EU ohne vertragliche Regelung. Der Premierministerin wird von vielen Seiten vorgehalten, sie sei zur Zockerei übergegangen, weil sie immer noch davon ausgehe, den rechten Flügel ihrer Partei und die DUP von ihrem Verhandlungsergebnis überzeugen zu können. Partei- und Fraktionsführung der Labour Party haben zur Lösung der Blockade und zur Respektierung des Karfreitagsabkommens vorgeschlagen, dass vor dem Austrittstermin noch rechtsverbindlich geklärt wird, dass das UK nicht nur temporär, sondern permanent in einer Zollunion mit der EU verbleibt.

Die politische Auseinandersetzung unmittelbar vor dem Austrittsdatum lautet daher: No-Deal-Brexit oder Verlängerung der Austrittsfrist mit dem Ziel, die künftige ökonomische EU-UK-Kooperation im Rahmen einer Zollunion zu regeln. Obwohl das Parteiengefüge rechts der Konservativen Partei und parteiüber-

greifend in der Mitte mit dem Austritt einiger Labour- und Tory-Abgeordneter aus ihren Parteien in Bewegung geraten ist, bleibt zur Abwendung des Chaos-Brexits entscheidend, ob sich May mit ihrer Minderheitsregierung und dem Zentrumsflügel der Konservativen Partei auf die Labour Party zubewegt. Die Gespräche vom 21. Februar zwischen der EU-Seite und der Führung der Labour Party über Corbyns Vorschlag zur Abwendung des Chaos-Brexits haben einen Ausweg angedeutet, wie der Europäische Rat auf seiner Sitzung am 21./22. März die Weichen kurz vor Ultimo stellen kann.

Kontroverse Folgenabschätzung

So heftig die politische Auseinandersetzung um den Brexit tobt, so kontrovers sind die Einschätzungen über die ökonomischen Auswirkungen eines geregelten Austritts des UK aus der EU. Während von Seiten der Opposition die massiven Einschränkungen der Wirtschaftsleistung, die Rückwirkungen auf die Staatsfinanzen und die Verschlechterung der sozialen Lage herausgestellt wird, hat sich die Regierung auf die Floskel festgelegt, das Land werde nicht ärmer werden, auch wenn sich das Wirtschaftswachstum verzögern werde, bis die neuen Freihandelsverträge die Prosperität auf ungeahnte Höhen heben.

Die massiven Einbrüche bei einem Chaos-Brexit werden hingegen auch nicht von der Regierung abgestritten. Allein die Brexit-Befürworter*innen am rechten Rand des politischen Spektrums sehen keine gravierenden Probleme, wenn das Land abrupt nach einem unregelmäßigen Austritt seinen Außenhandel nach WTO-Richtlinien abwickeln muss. Eine oft vorgetragene Phantasie: Das UK könnte und sollte sofort jegliche Einfuhrzölle abschaffen, selbst die britische Landwirtschaft würde das problemlos überstehen. Ein Hauptargument der Befürworter*innen sowohl eines harten als auch eines unregelmäßigen Brexits: Es werde alles nicht so arg werden, denn schon bei den pessimistischen Prognosen vor dem EU-Referendum habe sich gezeigt, dass sie überzogen waren. Bei den jetzigen negativen Voraussagen handele es sich um die Neuauflage des Projekts Angst aus dem Jahr 2016.

Die Kampagne zum EU-Referendum 2016 wurde in erster Linie auf dem Feld der Arbeitsmigration entschieden. Soweit es um Wirtschaftsfragen ging, war die Debatte von drei Polen bestimmt. Die rechtspopulistischen Austrittsbefürworter*innen zogen mit der Lüge ins Feld, die bisherigen britischen Zahlungen in den EU-Haushalt könnten in Höhe von wöchentlich 350 Mio. £ (18,2 Mrd. £ pro Jahr) für das britische Sozialsystem verwendet werden. Für den Verbleib in der EU warb auf der anderen Seite die Regierung Cameron, die sechs Jahre harter Austeritätspolitik zu verantworten hatte, mit dem Argument, der Austritt werde unmittelbar zu einer Rezession führen. Diese Argumentation teilte seinerzeit auch die Mehrheit der Abgeordneten der Labour-Parlamentsfraktion. Gegenüber diesen beiden Hauptpolen konnten Corbyn und die damals neue Parteiführung der Labour Party ihre Position des »Bleiben und Reformieren« in der politischen und gesellschaftlichen Debatte nicht durchsetzen.

Mit dem Ausbleiben der von der Regierung Cameron prophezeiten Rezession nach der Brexit-Entscheidung sahen sich die Brexit-Befürworter*innen im Aufwind. Das Brexit-Votum

habe die wirtschaftliche Entwicklung des UK nicht negativ beeinflusst, im Gegenteil: Mit neuen Freihandelsverträgen könne das neue »Globale Britannien« seine Position auf dem Weltmarkt verbessern. Der rechtspopulistische Flügel der Tories besetzte die Schlüsselpositionen zur Aushandlung des Brexit-Vertrags und drängte die Premierministerin zur Politik des harten Brexits gegenüber der EU.

Was offensichtlich war, ist jetzt von der Bank of England bestätigt worden. Die Entscheidung im Juni 2016, die EU zu verlassen, schuf für die britischen Unternehmen erhebliche Unsicherheit über den künftigen Zugang zum Binnenmarkt, über die Verfügbarkeit von Arbeitskräften, über Zölle und nicht-tarifäre Regelungen. Das Brexit-Votum war und ist ein einzigartiger Unsicherheitsschock, der wegen seiner Ausnahmesituation aber nicht mit früheren Schocksituationen vergleichbar ist. Es ist faktisch ein »Schock mit Verzögerung«: Die Unsicherheit ist unmittelbar durch das Ergebnis des Referendums entstanden, aber die Hauptauswirkungen des Brexits werden längerfristig erst nach dem Ausscheiden des UK aus der EU spürbar sein, während viele frühere Unsicherheitsschocks direkt mit Rezessionen verbunden waren. So lautet das zentrale Ergebnis der umfassenden repräsentativen Umfrage, für die die Zentralbank ein neues Verfahren (Decision Maker Panel – DMP) entwickelt hat.¹

Die Ergebnisse der Umfrage zeigen zugleich, dass der vom Brexit ausgelöste Unsicherheitsschock persistent ist. In den zwei Jahren nach dem Referendum gaben durchschnittlich rund 40% der Unternehmen an, dass der Brexit zu den drei größten Un-

Sozialismus.deAktuell

Analysen zum Thema in den letzten Heften:
 Hinrich Kuhls: Ein Königreich am Abgrund. Verworrene Fronten im Kampf gegen den Chaos-Brexit, in: Sozialismus.de, Heft 2-2019
 Hinrich Kuhls: Vom Brexit-Votum zum Brexit-Chaos, in: Sozialismus.de, Heft 1-2019

sicherheitsfaktoren gehört. Die Unsicherheit war in der Regel in den Branchen, die stärker vom Handel mit der EU und von EU-Migrant*innen abhängig sind, größer. Und sie sind in erster Linie auf die langfristigen Auswirkungen auf die Unternehmen zurückzuführen. Zudem hat im Herbst 2018 die unternehmerische Unsicherheit markant zugenommen. Unabhängig davon, wie der Austritt letztlich vonstattengeht: Mit der Entscheidung, die Elemente supranationaler Souveränität wieder der vollen nationalen Kontrolle zu unterstellen, war sofort ein langfristig wirkender Erosionsprozess des ökonomischen Fundaments des UK in Gang gesetzt worden.

¹ Bloom, Nicholas, Bunn, Philip, et.al.: Brexit and uncertainty: insights from the Decision Maker Panel. Februar 2019. London: Bank of England (Staff Working Paper). Online: www.bankofengland.co.uk/-/media/boe/files/working-paper/2019/brexit-and-uncertainty-insights-from-the-decision-maker-panel.pdf.

Erinnern für eine bessere Zukunft

www.vsa-verlag.de



Hajo Funke
Der Kampf um die Erinnerung
 Hitlers Erlösungswahn und seine Opfer
 280 Seiten | € 24.80
 ISBN 978-3-89965-842-2
 Nur wenn die Erinnerung an die NS-Verbrechen und ihre Ursachen wachgehalten wird, kann es gelingen, eine sozial sensible, liberale Demokratie zu verteidigen und weiterzuentwickeln.



Benjamin-Immanuel Hoff/Heike Kleffner/Maximilian Pichl/Martina Renner (Hrsg.)
Rückhaltlose Aufklärung?
 NSU, NSA, BND – Geheimdienste und Untersuchungsausschüsse zwischen Staatsversagen und Staatswohl
 240 Seiten | € 16.80
 ISBN 978-3-89965-791-3
 Wie viel Kontrolle von Geheimdiensten leisten die Parlamente und ihre Untersuchungsausschüsse?



Joachim Bischoff
Tickende Zeitbombe Finanzmärkte
 Bankenkrise, globale Kreditketten und Alternativen im Post-Kapitalismus
 144 Seiten | € 11.80
 ISBN 978-3-89965-845-3
 Die Zeitbombe Finanzmärkte ist auch zehn Jahre nach der Lehman-Pleite nicht entschärft, sondern tickt weiter. Was sind die Gründe und was die Alternativen?



Thomas Haipeter
Interessenvertretung bei Volkswagen
 Neue Konturen einer strategischen Mitbestimmung
 192 Seiten | € 16.80
 ISBN 978-3-96488-013-0
 Wer sich mit neuen Tendenzen der Entwicklung der Mitbestimmung auseinandersetzen will, kommt um die Praxis bei Volkswagen nicht herum.



Nicole Mayer-Ahuja/Heinz Bierbaum/Frank Deppe/Klaus Dörre/Hans-Jürgen Urban
Karl Marx – Ratgeber der Gewerkschaften?
 Fünf Antworten
 112 Seiten | € 9.80
 ISBN 978-3-96488-007-9
 Was können Gewerkschaften von Marx lernen, der sie einst als »organisierende Zentren der Arbeiterklasse« bezeichnet hat?

Erhältlich im Buchhandel oder direkt bei: VSA: Verlag, St. Georgs Kirchhof 6, 20099 Hamburg, info@vsa-verlag.de

Brexit-Kosten seit 2016

Auch wenn die britische Ökonomie seit dem Brexit-Votum bisher keine negativen Wachstumsraten zu verzeichnen hat, sind die Brexit-Kosten seit 2016 nicht unerheblich. Gertjan Vlieghe, externes Mitglied des geldpolitischen Ausschusses der Bank of England, weist darauf hin, dass anders als in früheren Konjunkturzyklen die wirtschaftliche Entwicklung im UK nicht dem Weltmarktzyklus gefolgt ist.² Statt einer Beschleunigung des Wachstums 2016 und 2017 mit dann folgender Abschwächung ist im UK das BIP-Wachstum seit 2016 rückläufig mit Jahresdurchschnitten von knapp 2% und zuletzt weniger als 1% im vierten Quartal 2018 gegenüber dem Vorjahr. Obwohl sich bisher in den Handelsbeziehungen zwischen der EU und dem UK regulatorisch noch nichts verändert hat, ist gegenüber dem Szenario ohne Brexit-Votum die reale Entwicklung seit 2016 mit einem Verlust von 2% des BIP einhergegangen (siehe Abb. 1). Das bedeutet, dass das UK in der Zeit seit dem Referendum kumuliert 80 Mrd. £ verloren hat, also etwa 40 Mrd. £ pro Jahr oder 800 Mio. £ pro Woche, da die britische Wirtschaft faktisch zum Stillstand gekommen ist, während der Rest der Welt bis Anfang 2018 eine der stärksten Expansionen des letzten Jahrzehnts verzeichnete. Das UK weist damit die geringsten Zuwachsraten der G7-Länder auf.

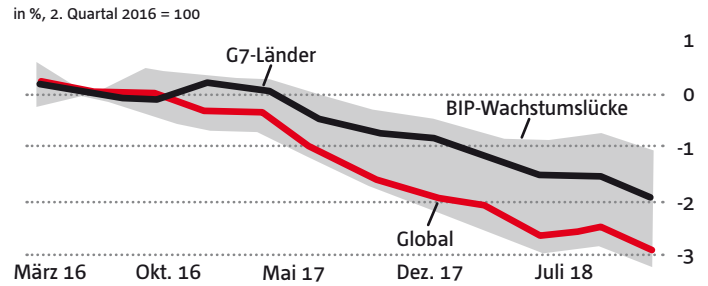
Die beiden Hauptgründe für das verlangsamte Wachstum: Die Unternehmensinvestitionen im UK verzeichneten 2018 einen Rückgang von 3,7%, während sie im Rest der G7 um 6% gestiegen sind (siehe Abb. 2) – eine bemerkenswerte Schere, deren langfristige Auswirkungen auf die ebenfalls im Verhältnis zu den anderen G7-Ländern geringere Produktivität der britischen Ökonomie und auf deren Wettbewerbsfähigkeit außerhalb des Binnenmarkts noch nicht abschätzbar sind.

Auch der private Konsum verlangsamte sich, da die Haushalte durch höhere Preise unter Druck gerieten, ausgelöst durch den starken Wertverlust des Pfunds unmittelbar nach der Brexit-Abstimmung. Mark Carney, Governor der Bank of England, hat auf eine andere Schätzung der Zentralbank hingewiesen:³ Seit dem Brexit-Votum haben die britischen Privathaushalte im Durchschnitt 900 £ weniger zur Verfügung – ebenfalls eine bemerkenswerte Schere von realen Haushaltseinkommen und überproportional gestiegenen Konsumausgaben, die durch die Abwertung des Pfunds 2016 angestoßen worden ist (siehe Abb. 3).

Nachdem in den Jahren vor dem Brexit-Votum trotz steigender Nachfrage nach Arbeitskräften die Nominallöhne nahezu stagnierten und die Reallöhne auch 2016 noch nicht wieder das Niveau von vor der Rezession 2008/9 erreicht hatten, konnten 2018 erstmals Steigerungen der Nominaleinkommen von etwa 3% durchgesetzt werden, wozu die nach sieben Jahren erstmals der Konservativen Regierung abgetrotzte Überwindung der Lohnkappungsgrenze von 1% in weiten Bereichen des öffentlichen Sektors beigetragen hat. Die leicht gestiegenen Nominaleinkommen kompensieren jedoch nicht die gestiegenen Verbraucherpreise, zuletzt um 1,8% (Januar 2019) nach 3,1% Ende 2017.

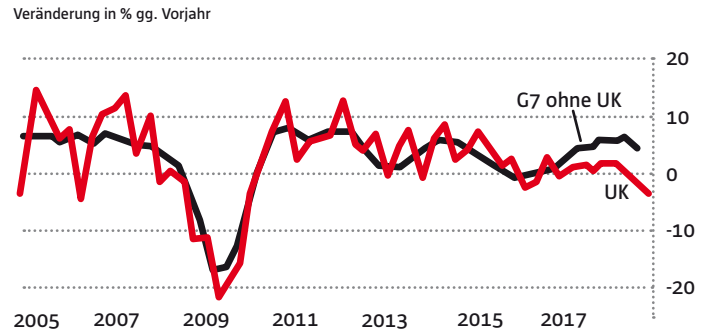
Die britische Regierung wird nicht müde, auf die gestiegene Zahl von Vollzeitarbeitsplätzen und den Rückgang der Arbeits-

Abbildung 1: BIP im UK: Wachstumsausfall seit dem Brexit-Votum
in %, 2. Quartal 2016 = 100



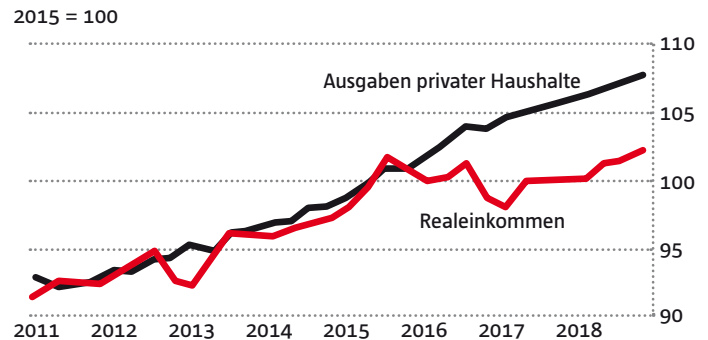
Quelle: Vlieghe, a.a.O., S. 11, Figure 11

Abbildung 2: Investitionen im UK im Vergleich zu G7-Ländern
Veränderung in % gg. Vorjahr



Quelle: Vlieghe, a.a.O., S. 9, Figure 12

Abbildung 3: Ausgaben privater Haushalte und Realeinkommen
2015 = 100



Quelle: Vlieghe, a.a.O., S. 11, Figure 15

losenzahlen auf den niedrigsten Stand seit den 1970er Jahren als Erfolgsausweis ihrer Wirtschaftspolitik hinzuweisen. Auf der anderen Seite geht sie allen Hinweisen auf die rückläufigen Investitionsausgaben aus dem Weg. Die gegenläufigen Tendenzen auf dem Arbeitsmarkt und bei den Investitionen führt Vlieghe auf die gegenwärtige Ausweitung der absoluten gegenüber der relativen Mehrarbeit zurück.

»Meine vorläufige Erklärung dafür, warum wir in den letzten Jahren unterschiedliche Trends zwischen Beschäftigung und Investitionen beobachtet haben, hängt damit zusammen, wie Unternehmen mit Unsicherheit umgehen: Unternehmensinvestitionen sind für Unsicherheit anfällig, da ein großer Teil von ihnen irreversibel oder zumindest kostspielig ist. Der Kauf von Spezialausrüstungen oder die Ausgaben für Spezialausstattungen neuer Gebäude sind Kosten, die bei veränderten wirtschaftlichen Ver-

hältnissen nicht vollständig gedeckt werden können. Unternehmen wollen vermeiden, solche Investitionen zur falschen Zeit oder in der falschen Branche zu tätigen, so dass es sich lohnt zu warten, solange die Unsicherheit wächst. Beschäftigungsentscheidungen sind hingegen weniger kostspielig. Wenn sich die Unsicherheit verstärkt, die Nachfrage aber immer noch robust ist (aus dem Ausland oder seitens der Privathaushalte), dann ist es für die Unternehmen sinnvoll, diese Nachfrage durch die Erweiterung ihrer Arbeitskräfte und nicht durch eine Erhöhung der Investitionsausgaben zu decken.«⁴

Kurz vor dem EU-Austrittsdatum ist die britische Ökonomie von einer anhaltenden Unsicherheit auf allen Ebenen des gesellschaftlichen Reproduktionsprozesses gekennzeichnet. In dieser Situation ist die Ausweitung der Beschäftigung die Kehrseite des Einbruchs der Investitionen bei noch anhaltender Nachfrage seitens der Privathaushalte und aus dem Ausland. Zudem haben alle großen, in London mit Haupt- oder Nebensitz ansässigen Finanzinstitutionen erhebliche Teile ihrer Geschäftsbereiche in andere EU-Metropolen verlegt und umfangreiche Finanzanlagen dorthin transferiert. Für die anderen Bereiche des Dienstleistungssektors (Transport, Kultur, Wirtschafts- und Steuerberatung etc.) gilt wie für die verarbeitende Industrie und die Landwirtschaft: Im Falle eines No-Deal-Brexits sind die negativen Rückwirkungen auf die Wertschöpfung kaum kalkulierbar.

Perspektiven für die Zeit nach dem Austritt

Neben anderen Institutionen hat die britische Regierung Ende letzten Jahres kurz vor der verschobenen ersten Abstimmung über den Austrittsvertrag eine ressortübergreifende Analyse zu den ökonomischen Auswirkungen des Brexits vorgelegt.⁵ Im

Allgemeinen zeigen alle ökonomischen Modelle der britischen Regierung, aber auch anderer Institutionen, dass die negativen Auswirkungen auf die britische Wirtschaft umso größer sind, je stärker die Kosten für den Handel mit der EU (Zölle und nichttarifäre Handelshemmnisse) steigen. Mit anderen Worten: Ein Szenario, in dem das UK ohne Handelsabkommen mit der EU zu den WTO-Regeln zurückkehrt, wird dazu führen, dass die Wirtschaftsleistung (BIP) des UK langfristig niedriger ist als bei einem Szenario, in dem es weniger Hindernisse für den Handel zwischen Großbritannien und der EU gibt, wie beispielsweise bei einem umfassenden Freihandelsabkommen.

Diese »Verluste« könnten durch den Abschluss neuer Handelsabkommen mit anderen Nicht-EU-Ländern und/oder durch Kompensationsmaßnahmen (etwa wachstumsfördernde Änderungen der Regulierung) gemildert werden. Die überwiegende Mehrheit der Wirtschaftsstudien zeigt jedoch, dass diese potenziellen Vorteile die Kosten der höheren Handelshemmnisse mit der EU nicht ausgleichen, weil der UK-EU-Handel dominant bleibt.

² Vlieghe, Gertjan: The Economic Outlook: Fading global tailwinds, intensifying Brexit headwinds. Speech given at the Resolution Foundation. 14.2.2019. London: Bank of England. Online: www.bankofengland.co.uk/-/media/boe/files/speech/2019/the-economic-outlook-speech-by-gertjan-vlieghe.pdf.

³ Carney, Mark: The Global Outlook. Speech given at the Financial Times event in Frobisher Hall, the Barbican. 12.2.2019. London: Bank of England. Online: www.bankofengland.co.uk/-/media/boe/files/speech/2019/the-global-outlook-speech-by-mark-carney.pdf.

⁴ Vlieghe, Gertjan, a.a.O., S. 12.

⁵ Vgl. Harari, Daniel: Brexit deal: Economic analyses. Briefing paper No. 8451, 4.12.2018. London: House of Commons Library. Online: <https://researchbriefings.parliament.uk/ResearchBriefing/Summary/CBP-8451> <http://researchbriefings.files.parliament.uk/documents/CBP-8451/CBP-8451.pdf>. Vgl. dort die Quellenangaben zu den einzelnen Analysen.



Anti-Brexit-Demonstration in London, 20.10.2017 (Foto: flickr/Ed Everett, CC BY 2.0)

Die Abwicklungszahlungen aus dem Austrittsvertrag und vor allem die jeweiligen Konditionen der künftigen EU-UK-Wirtschaftsbeziehungen können viele verschiedene Aspekte der britischen Wirtschaft beeinflussen. Die ökonomischen Szenarien, die zur Abschätzung der Gesamtauswirkungen verwendet werden, konzentrieren sich zumeist auf jene Bereiche, die durch den Brexit am stärksten beeinflusst werden. Das sind in der Regel Handel und Investitionen, Einwanderung, nichttarifäre Regulierungen und Beiträge zum EU-Haushalt.

Die britische Premierministerin hat in ihrer Bewertung der Politischen Erklärung über die künftigen EU-UK-Beziehungen hervorgehoben, dass sie ein »breites Spektrum von Möglichkeiten« enthält, mit der die Regelungen aus der Übergangsperiode bis Ende 2020 (oder verlängert bis Ende 2022) abgelöst werden sollen. Sie schließt dabei zwar den Verbleib in Binnenmarkt und Zollunion aus, aber dieser Doppel-Ausschluss des harten Brexits muss keinen Bestand haben, sollte sich im Unterhaus eine Mehrheit für die Verlängerung des Austrittsverfahrens finden und ein Diskurs zur Konsensfindung über die künftigen EU-UK-Wirtschaftsbeziehungen durchsetzen.

Aber selbst ein Szenario, in dem das UK im Binnenmarkt verbleibt – manchmal auch als Option »EWR« oder »Norwegen« bezeichnet – würde dazu führen, dass das UK die Zollunion verlässt und es zu erhöhten Kosten für die Einhaltung bestimmter Schutzvorschriften (z.B. Schutz von Herkunftsbezeichnungen) führt. Ein Szenario, in dem das UK weiterhin in einer vollständigen Zollunion mit der EU verbleibt, würde andererseits den Weg für neue nichttarifäre Handelshemmnisse öffnen, auch wenn beiden Seiten zunächst mit demselben Regulierungskanon starten.

Allein beim Vorschlag der Labour Party mit dem Verbleib in einer Zollunion und einer weitgehenden Aufrechterhaltung des Zugangs zum Binnenmarkt ließen sich die ökonomischen Kosten auf ein Mindestmaß begrenzen. Da dieser »weiche Brexit«

in der Konservativen Partei nicht mehrheitsfähig ist, liegt hierfür auch keine Modellrechnung der Regierung vor. Bei allen fünf Modellrechnungen ist ein Ergebnis jedoch eindeutig: Gegenüber einem Verbleib in der EU verschlechtert sich die ökonomische Position des UK erheblich, jeweils etwas geringer, wenn die Arbeitsmigration aus der EU auf dem heutigen Niveau bleibt, und stärker, wenn die Nettomigration dem erklärten Ziel der Konservativen Regierung entsprechend auf Null zurückgeführt wird.

Laut Regierungsvertretern kommt der im Austrittsvertrag plus Politischer Erklärung für die künftigen Beziehungen fixierten Situation das Modell »Chequers minus und Null Nettomigration« am nächsten. In der Projektion dieses Modells wäre das BIP 15 Jahre nach dem EU-Austritt um 3,9% niedriger als bei einem Verbleib in der EU. Bei einem angenommenen durchschnittlichen jährlichen Zuwachs von 1,5% würde sich das heutige BIP von rund 2 Bill. £ auf dann 2,5 Bill. £ erhöht haben, die Differenz von 3,9% würde sich demnach auf 97,5 Mrd. £ belaufen und der über 15 Jahre hinweg kumulierte Fehlbetrag auf ca. 730 Mrd. £.

No-Deal-Brexit

In der Modellrechnung zu den Auswirkungen eines unregulierten Austritts wird ein Wert von -9,3% errechnet: Der entsprechende Differenzbetrag beläuft sich auf ca. 200 Mrd. £ und der über 15 Jahre kumulierte Verlust auf ca. 1,5 Bill. £.

Die Bank of England hat im Auftrag des Finanzausschusses des Unterhauses ebenfalls eine Analyse zu den verschiedenen Varianten des Brexits vorgelegt. Im Unterschied zur Regierungsanalyse handelt es sich nicht um langfristige Modellrechnungen, sondern um eine Projektion der Entwicklung bis Ende 2023. Auch hier ergeben sich bei allen Modellen negative Zahlen gegenüber der Trendrechnung für eine Pro-EU-Entscheidung in 2016. Bei einem »ungeordneten No-Deal-Brexit« prognostiziert die Bank für 2023 ein um knapp 8% niedrigeres BIP gegenüber der aktuellen Voraussage. Bei der negativsten Variante eines disruptiven Chaos-Brexits geht die Zentralbank von einem Rückgang des BIP um 8% innerhalb des ersten Jahres aus, also einem größeren Einbruch als in der Großen Krise 2008/2009. Die Arbeitslosigkeit würde auf 7,5% ansteigen, die Inflation auf 6,5% und das Pfund Sterling würde um 25% abwerten.

Angesichts dieser zerstörerischen Auswirkungen eines Chaos-Brexits auf das ökonomische Fundament wird die Härte und zugespitzte Polarität der politischen Auseinandersetzung im UK über die Alternative unregulierter Brexit oder Verlängerung der Austrittsfrist verständlicher. Hingegen schrillen die Alarmglocken weder auf den Fluren der EU-Kommission noch in den Staatskanzleien und Finanz- und Wirtschaftsministerien in den Hauptstädten der EU27-Länder, auch nicht in Berlin oder Paris. Das mit dem Chaos-Brexit aufziehende Orkantief wird hingegen nicht nur über der Irischen See und den Inseln des irisch-britischen Archipels toben, sondern auch auf der anderen Seite des Kanals wüten.



Zeitschrift Marxistische Erneuerung
Vierteljahreszeitschrift 30. Jahrgang, Nr. 117, März 2019, 232 Seiten

**Kontrollverlust?
Krise der Parteien und sozialer Protest**

Deppe – *Charakter der politischen Krise* / Azzarà – *Italien: Populistische Revolte - bonapartistische Demokratie* / Dräger – *Großbritannien: Politische Umbrüche – vom Brexit zum Lexit?* / Chwala – *Frankreich: Institutionelle Krise* / Collectif „Quantité critique“ – *Gelbwesten* / Steinko – *Spanien: Veränderungen im Parteiensystem* / Kahrs – *Deutschland: Parteiensystem und nationalistischer Autoritarismus* / Leisewitz/Reusch/Wiegel/Zander – *Soziale und politische Proteste 2008-2018* / Spangenberg/Genschel/Dörre/Reusch – *Dossier „#unteilbar“*

Marx-Engels-Forschung

Lotter – *Marx' Begriff der Nachhaltigkeit*

Und: Krüger – *Wert der Arbeitskraft und Mehrwerte* / Knolle – *Lohntheorie von Ricardo/Marx und Hausarbeit* / Sadowsky – *Tarifpolitik der IG Metall* / Rehmann – *Philosophie der Praxis – Labriola* / Zehetmair – *Arbeiterparteien und Räte in der bayerischen Räterepublik*

Sowie: Kommentare, Zeitschriftenschau, Berichte, Buchbesprechungen

Z Einzelpreis: 10,- Euro (zzgl. Versand) im Abo: 35,00 Euro; Auslandsabo 43,- Euro (4 Hefte/ Jahr incl. Vers.) Studenten-Abo: Inland 28,00 u. Ausland 36,- €. Bezug über E-mail, Buchhandel (ISSN 0940 0648) oder direkt: Z-Vertrieb: Postfach 700 346, 60553 Frankfurt am Main, Tel./Fax 069 / 5305 4406

www.zeitschrift-marxistische-erneuerung.de - e-mail: redaktion@zme-net.de

Probelesen

Wenn diese Probe-Lektüre Sie davon überzeugen konnte, dass Sozialismus das Richtige für Sie mit fundierten Beiträgen zu den Themen

- Berliner Republik/Die neue LINKE
 - Wirtschaft & Soziales/Forum Gewerkschaften
 - Internationales/Krieg & Frieden
 - Buchbesprechungen/Filmkritiken
 - sowie zweimonatlich einem Supplement zu theoretischen oder historischen Grundsatzfragen
- ist, sollten Sie gleich ein Abo bestellen (und eines der Bücher aus dem VSA: Verlag als Prämie auswählen). Wenn Sie weitere Argumente benötigen, nehmen Sie ein Probeabo. Beides geht mit dem beigefügten Bestellschein (bitte auf eine Postkarte kleben oder faxen an 040/28 09 52 77-50)

- Ich abonniere Sozialismus ab Heft _____ zum Preis von € 70,- (incl. Porto; Ausland: + € 20 Porto). Ich möchte die Buchprämie Weltküche Müller Hoff
- Ich abonniere Sozialismus ab Heft _____ zum verbilligten Preis von € 50,- (für Arbeitslose/Studenten). Ich möchte die Buchprämie Weltküche Müller Hoff
- Ich bestelle ein Sozialismus-Probeabo ab Heft _____ (3 Hefte zum Preis von € 14,-/Ausland € 19,-).
- Bitte schicken Sie mir ein kostenloses Probeexemplar.

Name, Vorname

Straße

Plz, Ort

Datum, Unterschrift

Mir ist bekannt, dass ich diese Bestellung innerhalb einer Woche bei der Redaktion Sozialismus, St. Georgs Kirchhof 6, 20099 Hamburg, widerrufen kann. Zur Fristwahrung genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs.

Datum, 2. Unterschrift

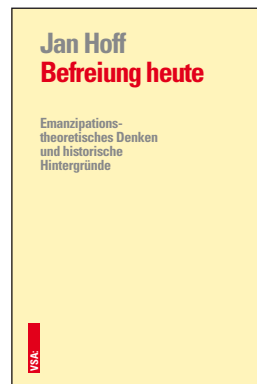
Bitte als
Postkarte
freimachen

Antwort

Redaktion Sozialismus
Postfach 10 61 27
20042 Hamburg

Abo-Prämie

Eines dieser Bücher aus dem VSA: Verlag erhalten Sie, wenn Sie Sozialismus abonnieren oder uns eine/n neuen AbonnentIn nennen (nicht für Probeabo). Bitte auf der Bestellkarte ankreuzen!



Mehr zum Verlagsprogramm:
www.vsa-verlag.de